Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.
für Inserate von auswärts 30 Pf. Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 50. Dienstag 19. Februar 1907. **101. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Am gestrigen Abend traf König Friedrich August in Leipzig zu mehrtägigem Besuch ein. (S. d. Lok. Teilart.)

* Am heutigen Tage wird der neu gewählte Reichstag durch eine Thronrede des Kaisers eröffnet werden. (S. Art.)

* Im Prozeß Liman-Mehring verurteilte der Gerichtshof den Dr. Mehring zu 2 Wochen, Kressin zu einem Monat, Seeger zu 25 Tagen Gefängnis. In der Widerklage wurde Dr. Liman wegen Beleidigung des Kressin zu 50 ℳ Geldstrafe, eventuell 10 Tagen Gefängnis, verurteilt; dagegen wurde er von der Klage wegen Beleidigung des Dr. Mehring in seinem Artikel über den roten Sonntag freigesprochen. (S. Leitart. u. Gerichtsfonl.)

* In einem heutigen französischen Ministerrate soll die kirchenpolitische Krisis innerhalb des Kabinetts zum Austrag gebracht werden. (S. Ausl.)

* Wekerle ist gestern in Wien eingetroffen zu einer Beratung in der wieder akut gewordenen Ausgleichsfrage. (S. Ausl.)

Dem neuen Reichstag.

Nun ist der Tag angebrochen, an dem der neu gewählte Reichstag seine Tätigkeit beginnt. Die 12. Legislaturperiode des Deutschen Parlaments nimmt heute ihren Anfang, um 1½ Jahre früher als man erwarten konnte.

Der elften Legislaturperiode wurde durch die Reichstagsauflösung vom 13. Dezember 1906 ein vorzeitiges Ende bereitet. Wird auch diese neue ein ähnliches Schicksal haben? Nicht kein Politiker im Deutschen Reich wird das prophezeien wollen. Denn von welchem Gesichtspunkt aus man auch die aus den Wahlen vom 25. Januar hervorgegangene Volksvertretung ansehen mag, immer bietet sich der Reichsregierung eine Mehrheit dar, mit der sie regieren kann. Die national unzuverlässige Majorität ist beseitigt. Aus Zentrum, Konservativen und schutzzöllnerischen Nationalliberalen kann sich eine Mehrheit bilden, die den handelspolitischen Kurs der gegenwärtigen Regierung auch weiterhin befolgt und selbst für bescheidene liberale Forderungen wird sich, wenn die Regierung diese nur als die ihrigen ansieht, eine gerade noch ausreichende Stimmenzahl finden lassen. Leider aber ist auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß politisch reaktionäre Wünsche ihre Befriedigung finden. So kann ein diplomatisch geschulter Reichskanzler, der einen Zickzackkurs steuern will, jedes Mal auf eine genügende parlamentarische Mehrheit rechnen, ohne zu dem Mittel der Reichstagsauflösung greifen zu müssen.

Gerade darum aber tut es bitter Not, daß der neue Reichstag sich nicht zu einem Spielball wechselnder politischer Regierungswünsche mißbrauchen läßt, sondern von sich aus die Hoffnungen erfüllt, die aus dem Jubel über den Ausfall der letzten Wahlen ihm entgegengebracht wurden.

Dem Zentrum und der Sozialdemokratie galt der Kampf, der am 25. Januar und am 5. Februar siegreich beendet wurde. Hat auch nur die Sozialdemokratie allein die zahlenmäßige fixierbare Niederlage davon getragen, in einem Punkt, in dem wichtigsten unter allen, wurde auch die Zentrumspartei getroffen. Die Erfüllung nationaler Forderungen ist im Reichstag nicht mehr abhängig von Gnade und Ungnade des Ultramontanismus. Die bürgerlichen Parteien liberaler und konservativer Richtung haben darüber künftig die Entscheidung allein in der Hand. Damit ist ein parlamentarischer Zustand erreicht, der dauernd werden muß, der also auch die nächsten Reichstagswahlen in fünf Jahren überdauert. Das aber wird nur geschehen, wenn die Politik des Deutschen Reichstages in den nächsten fünf Jahren dafür sorgt, daß die sozialdemokratische Agitation nicht aus einem freiheitsfeindlichen und unsozialen Verhalten des jetzigen Reichstags ein die Volksmassen erbitterndes Material zu beschaffen vermag.

Die Reichstagsperiode von 1887 bis 1890 sollte da als abschreckendes Beispiel dienen. Auch sie begann mit einer hoffnungsfrohen nationalen Reichstagsmehrheit, die die notwendigen nationalen Forderungen sicher stellte gegen ultramontane Quertreibereien und sozialdemokratische Negation. Aber drei Jahre danach erfolgte jener niederschmetternde Umschwung, den die Februarwahlen des Jahres 1890 hervorriefen. Hüten wir uns, daß wir in fünf Jahren nicht das gleiche erleben!

Der Reichstag wird es nur dann vermeiden, wenn er eine wahrhaft nationale und eine ebenso wahrhaft volkstümliche Politik treibt. Keine politisch reaktionäre Maßnahme darf getroffen werden, die politische Volksrechte antastet und vermindert. Keine Gesetzesvorlage darf angenommen werden, die das Wahlrecht verschlechtert, das Budgetrecht beschneidet, das Vereinsrecht einschränkt, der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz widerspricht. Im Gegenteil — weitere Sicherung des geheimen Wahlrechts, peinlichste Beobachtung des Budgetrechts, Schaffung eines freiheitlich gerichteten Reichsvereinsgesetzes muß Aufgabe des Reichstages werden. Die weitere Reform unserer Reichsfinanzen, die Bewilligung neuer Steuern muß unter den Gesichtspunkt der Wohlfahrt der ärmeren Volksklassen gestellt werden. Statt neuer indirekter Steuern, die Genußmittel treffen und Verkehrsmittel verteuern, muß die einzig volkstümliche und sozial gerechte direkte Besteuerung gefordert werden, für die in der Reichserbschaftssteuer ein bescheidener Anfang gemacht worden ist. Und dasselbe gilt von der sozialpolitischen Gesetzgebung. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit für den Mittelstand, für die Handwerker zu sorgen, darf nicht der weitere Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung vernachlässigt oder gar durch ein reaktionäres Gesetz die Erfüllung des Wunsches nach einer vollen Anerkennung der Berufsvereine das Koalitionsrecht verkümmert werden. Nur wenn in diesen Richtungen der Reichstag sich als ein volksfreundliches Parlament erweist, wird er auch für die fernere Zukunft die nationale Sicherheit des Deutschen Reichstages verbürgen, die die diesmaligen Wahlen ihm geschenkt haben.

Die Sozialdemokratie ist gedemütigt. Das Zentrum ist um einen Teil seines Einflusses gebracht worden. Möge dieser große, herrliche nationale Gewinn nicht durch die Schuld eben desselben Reichstages verloren gehen, der diesen Gewinn in sich jetzt darstellt.

Das ist der Wunsch, dem wir dem neuen Reichstag bei Beginn seiner ersten Tätigkeit darbringen.

Möge er fest sein als ein nationales Bollwerk des deutschen Volkes, in dem er zugleich diesem Volk und seiner politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wohlfahrt dient unter Aufbietung all seiner Kraft!

Die Spaltung im bayerischen Zentrumslager?

(Von unserem ständigen Münchner Korrespondenten.)

Fama viget eorum. Ein Gerücht wächst von Mund zu Mund. Die auch von mir sogleich übermittelte, von der Redaktion mit einer sehr richtigen Warnung vor großen Hoffnungen kommentierte Tatsache, daß eine Anzahl angesehener Münchner Mitglieder des Zentrums und von Reformkatholiken Vorbesprechungen über die Gründung einer neuen Partei abgehalten haben, ist dank der allzeit regen journalistischen Phantasie von Tag zu Tag zu kühneren Kombinationen benützt worden; namentlich im Norden des Vaterlandes, wo die Festigkeit des bayrischen Zentrumsturmes doch nicht völlig bekannt ist. Dabei war natürlich der Wunsch vielfach der Vater des Gedankens, der, wie ich fürchte, auch diesmal nur ein Gedanke bleiben wird.

Man muß sich zunächst vergegenwärtigen, daß in den feinfühligeren, monarchisch und national gesinnten Zentrumskreisen die allmählich in der bayrischen Partei zur Herrschaft gelangte, durch Geistliche und Laien rücksichtslos ausgeübte Demagogie schon seit Jahren höchst abstoßend gewirkt hat. Ihr entgegenzutreten fehlte es keineswegs an Versuchen. Noch wird der Vorstoß des jungen, unterdessen durch die bekannte Spieleraffäre unmöglich gewordenen Grafen Preysing in der Kammer der Reichsräte gegen die Schwäche des Ministeriums Podewils, indirekt aber gegen die Heim und Genossen, in Erinnerung sein. Graf Preysing hatte damals nicht, wie auf liberaler Seite vielfach angenommen wurde, die Absicht, das Zentrum zu schwächen, im Gegenteil, er wollte — und zu diesem Zwecke wandte er sich sogar an den päpstlichen Nuntius — die demagogischen Elemente ausschalten, um die Partei regierungs- und hoffähig zu machen. Welches Motiv sie aber auch hervorgerufen hatte, die Bewegung verlief jedenfalls rasch im Sande; einer der Beteiligten, der junge Graf Arco, sagte sogar bald darauf pater peccavi. Auch in früheren Zeiten ist schon gegen Bischöfe, ganz wie heute, gehetzt worden, wenn sie den Fanatikern nicht zu Gefallen waren, aber bleibende Folgen haben sich nicht ergeben.

Ohne weiteres ist einzuräumen, daß die Entrüstung angesichts des Gebarens bei den Reichstags- und speziell bei den Stichwahlen, angesichts der schier unglaublichen Behandlung der beiden Erzbischöfe und anderer hervorragenden Männer höher denn je gestiegen ist und sie durch die verschiedenen Aufrufe und Proteste wie noch niemals öffentlichen Ausdruck erhalten hat. Momente, die nicht unterschätzt werden sollen. Aber die „Südd. Reichskorrespondenz" hat recht, wenn sie gestern schrieb, es sei etwas anderes, seiner auf Irrwege geratenen Partei entgegenzutreten, als Parteigrundsätze aufzugeben. Und diese, das darf nicht vergessen werden, wurzeln beim Zentrum in einer anderen Weltanschauung. Wer an ihr festhält, den vermag besonders der Liberalismus nicht dauernd zu gewinnen. Dieser kann nicht zugunsten solchen Zuwachses auf die Geltendmachung seiner Prinzipien verzichten. Die Aufrollung der Schulfrage allein wird genügen, den größten Teil der heute erbosten Zentrumswähler zur alleinseligmachenden Partei zurückzutreiben.

Daß die Soden und Hertling dem Zentrum Valet sagen, wird niemand glauben. So steht es bei den meisten andern auch. Wenn wirklich die neue Partei das Licht der Welt erblickt, dann wird ihr nur eine kleine Schar aus dem Zentrumslager beitreten, die übrigen werden sich aus den Kreisen derer rekrutieren, die, gute Katholiken, schon bisher nichts vom Zentrum wissen wollten. Darum ist, nebenbei gesagt, die Gründung einer konservativen Partei in Altbayern, wenn sich weitergehende Hoffnungen, als ich sie hegen kann, erfüllen, wohl im nationalen, aber nicht im liberalen Interesse gelegen. Den Liberalen würden damit Stimmen nicht nur katholischer, sondern wohl auch streng protestantischer Kreise verloren gehen.

In einem Falle wäre der neuen Partei, immer vorausgesetzt, daß sie wirklich entsteht, eine weit günstigere Zukunft zu prophezeien. Wenn Zentrum und Sozialdemokratie auch bei den kommenden Landtagswahlen Arm in Arm gingen, wäre eine umfangreiche und den Ultramontanismus wirklich schädigende Absplitterung unvermeidlich.

Für die innige Seelenverwandtschaft der Schwarzen und Roten gibt eben die sozialdemokratische „Münchner Post" ein herzerhebendes Beispiel. Ihr ist die Aufgabe geworden, die Hetze gegen die Erzbischöfe fortzusetzen. Zur Einleitung bringt sie einen Brief aus Bamberg, der unzweifelhaft aus dem dortigen Domkapitel stammt; ja, es ergibt sich von selbst der Gedanke, es möchte ihm der Domdekan Dr. Schädler recht nahestehen, da der Briefschreiber so genau weiß, daß Schädler eine Audienz erbeten und diese, als der Erzbischof Dr. von Abert die Existenz seines Erlasses bestätigte, „sofort in höflichster, aber entschiedenster Weise abbrach". Eine reizende Art des Verkehrs eines geistlichen Würdenträgers mit seinem Oberhirten.

Den Ton dieses Briefes kann man sich vorstellen. „Höfling" und „Verräter" sind beinahe milde Ausdrücke. Aber bübisch ist es doch, in einem sozialdemokratischen Blatte Sätze zu finden, wie die folgenden:

„Was für gediegene Ehrenmänner sitzen in dem von der Diözesangeistlichkeit hochgeehrten Domkapitel zurzeit! Dort hätte er finden können hochkonservative Persönlichkeiten, Männer, ergraut im Dienste der Pflicht, Männer, die im Dienste des Staates und der Kirche ihr Leben hinbrachten, Männer, deren Erfahrung im politischen Leben himmelhoch die eines politischen Stümpers überragen. ... Was klagen wir über „verräterische Staatspfaffen" in Frankreich, was über „Bischöfe im Bunde mit den Freimaurern" in romanischen Ländern?"

U. a. wird daran erinnert, daß Bamberg schon einmal einen „liberalen" Erzbischof besaß. Es war der unvergeßliche, herrliche Friedrich Schreiber, dem die Ultramontanen, voran aus seinem Kapitel, tatsächlich das Herz gebrochen haben. Welches Schicksal wird Dr. von Abert bevorstehen?

Die Meisterschimpfer.

Preisend mit viel schönen Reden haben die Meister in geistvollem Turnier sich gemessen. Sie priesen sich selbst und schimpften auf die andern um die Wette. Wenn der Ton in der gesamten deutschen politischen Presse von derselben Art wäre, wie die Stilblüten, die gestern in beinahe sechsstündiger Verhandlung vor dem Schöffengericht in Sachen Liman contra Mehring und Genossen zum besten gegeben wurden, dann könnte es einem wirklich leid werden um die deutsche Publizistik. Solange man das Ragout brockenweise und auf Monate verteilt vorgesetzt bekam, mochte es noch zu ertragen sein, aber was gestern da in einer Schüssel zusammengeschmort auf den Gerichtstisch kam, war mehr, als ein normaler Magen ohne einigen Schauder vertragen kann.

Der Prozeß, der sechsmal vertagt worden war, war schließlich zur Sensation geworden. Hätte er im Schwurgerichtssaale seine Verhandlung gefunden, so hätte der Raum doch nicht gereicht, alle zu lassen, die zum Kampf der Wagen und Gesänge herbeigeeilt waren. Es herrschte eine beängstigende Fülle in dem reichlich bemessenen Raume, und die natürliche Atmosphäre war nicht minder schwül, als die geistige, die über der Versammlung lagerte.

Zuerst auf dem Plane erschienen die Genossen. An der Spitze Mehring, der in seinem grauen Vollbarte mit dem ruhigen, überlegten Gesichtsausdrucke eher einem Professor gleicht, als dem blutigen Streiter, dem man bisher den Sauberdenten aufs Konto zu schreiben gewöhnt war. Der Genosse Seeger blickte kampfbereit und war geschäftig um die Kollegen bemüht. Der dritte im Bunde, Kressin, ein Mann von gefälligem Aeußerm, schien von der Gefängnishaft, die er zurzeit wegen Preßbeleidigung verbüßt, etwas angegriffen zu sein; seine blasse Gesichtsfarbe deutete darauf hin, daß der verlorene Idealismus, mit dem er seiner Sache dient, ihn auf harte körperliche Proben stellt. Auch Bebel war da. Er ist recht weiß geworden, macht aber immer noch den Eindruck des unverwüstlichen Kämpfers, gepaart mit dem sicheren Auftreten des vom Fanatismus der Genossen hochgehaltenen Führers. Er war als Zeuge in Aussicht genommen. Zunächst nahm er im Auditorium Platz und vertiefte sich alsbald in eine Broschüre, die er mit Bleistiftnotizen ausstattete. Bald aber verließ er auf Anregung des Anwaltes seiner Freunde den Saal und begab sich in das Zeugenzimmer, von wo er nicht wieder auftauchte. Er ist ebensowenig zur Abhörung gelangt wie sein Genosse Stadthagen, dessen scharfe Züge mit dem schwarzen Patriarchenbart wenigstens bei den Plaidoyers wieder zum Vorschein kamen.

Auf der Gegenseite nahm Herr Dr. Liman Platz, d. h., er nahm nicht erst Platz, sondern begab sich alsbald an den Pressetisch und vertiefte sich in eine Unterhaltung mit denen, die in ganz anderem Sinne noch als das Auditorium die Oeffentlichkeit darstellten. Die Nervosität, mit der er sprach, seine Aufklärungen erteilte, war interessant zu sehen. Er ist ein großer, breitschultriger, gutgewachsener Mann mit weißen, kurzgehaltenen Locken und starkergrautem Henriquatre. Den ebenfalls schon gebleichten Schnurrbart zwirbelt er mit der Rechten, derweilen die Linke sich von der Hosentasche nicht trennen zu können scheint, selbst bei Verbeugungen nicht, mit denen er verschwenderisch genug umgeht. Ueber seine Personalien befragt, gibt er fließend Auskunft, und wir erfahren dabei, daß seine Mutter eine Geborene von Schachtmeyer, er selbst u. a. wegen Zweikampfes vorbestraft ist. Die Gefliflentlichkeit dieser Bekundungen wird später verständlich, als man hört, daß in dem berühmten Prozesse Li. und Lo., d. h. zwischen Liman und seinem einstigen Bundesgenossen Lohan, die Behauptung eine große Rolle gespielt hat, daß Liman den sogenannten Rassenantisemitismus treibt, d. h. auch den getauften Israeliten als Juden behandelt, obgleich er selbst in gerader Linie jüdische Vorfahren sein eigen nennt. Vom Standpunkte des Rassenantisemitismus aus gehört Liman zur jüdischen Aristokratie, da sein Anwalt nachweisen wollte, daß der letzte jüdische Ahn bereits im Jahre 1763 den Segnungen des Christentums zugänglich geworden sei. Das alte Geschlecht scheint den Bezirk des V. Armeekorps zum Wohnsitz auserkoren zu haben. In Posenschen jedenfalls ist auch Liman geboren; erst der Zug nach dem Westen hat ihn in die sächsischen Gefilde und von da in die Reichshauptstadt geführt.

Die Waffen waren ungleich. Die Genossen hatten sich durch die Maßlosigkeit ihrer an den Qualitäten des Herrn Dr. Liman geübten Kritik von vornherein ins Unrecht gesetzt. Sie werden durch die Schärfe der Urteile, die seit Jahr und Tag von den ordentlichen Gerichten über die Redakteure der „Volkszeitung" ergehen, sich mit der Zeit doch davon überzeugen müssen, daß man in einem Lande mit Strafgesetzparagraphen nicht so unglimpflich auftreten darf, namentlich, wenn sie eine so, sagen wir einmal, präzise Anwendung finden, wie in dem letzten halben Dutzend der gegen den Sauberdenton ergangenen Erkenntnisse. Die „Volkszeitung" hat aber auch der sozialdemokratischen Sache selbst nichts genützt, denn man kann wohl getrost behaupten, daß der letzte für die Genossen so verderbliche Ausfall der Reichstagswahlen in Sachsen zum Teil auf den Ton ihres Leipziger Parteiblattes zurückzuführen ist, der auf die Dauer alle ruhigeren Elemente unter der Sozialdemokratie, insbesondere aber die früheren Mitläufer, abstoßen mußte.

Aber in dem vorliegenden Prozesse konnten die Genossen mit Recht mildernde Umstände für sich in Anspruch nehmen. Hatten sie es doch mit einem Gegner zu tun, der zur besseren Würzung seines täglichen Leitartikels das persönlichen Moments in jeder Art von politischer Debatte nun einmal nicht entraten kann. Man sprach gestern viel von Temperament und von persönlicher Note, und es ist nicht zu leugnen, daß es schwer sein mag, in 15 Jahren 6000 Leitartikel zu schreiben, wie Liman es von sich rühmte, und dabei immer sachlich zu bleiben, ohne langweilig zu werden. Aber wir vermuten, daß Dr. Liman längst die Empfindung dafür verloren hat, wo die Grenze zwischen persönlichen und sachlichen Auseinandersetzungen liegt, vermuten sogar, daß er als Journalist gänzlich unproduktiv sein würde, wenn man ihm heute das nehmen wollte, was man schonend als sein Temperament, seine persönliche Note bezeichnet. Wie dem nun sei, die Genossen konnten sich der Vorwürfe, die sie sich durch ihre Verbalinjurien zugezogen hatten, recht glaubhaft dadurch erwehren, daß sie ein gestrichenes Maß voll Limanscher Schimpfereien, die ihnen eigenen obendrein vorausgegangen waren, auftischten.

Herr Dr. Liman kam auch einige Male in rechte Verlegenheit: so, als ihm vorgehalten wurde, daß er gestern als Privatkläger die Autorschaft eines groben, überdies den Urteilstenor in einem früheren Prozesse gegen die „Volkszeitung" frisierenden Artikels ableugnete, während er sie früher unter seinem Zeugeneide zugegeben hatte. Peinlich war es für ihn ferner, zu hören, daß er, was aus zweier Zeugen Mund zur Wahrheit erhoben wurde, in seinem Prozesse, der zu Kressins erster Verurteilung führte, erklärt hat, er habe nie jemand beleidigt und sei darum auch nicht verklagt worden. Kressin gab ihm damals zur Antwort, dies sei nur darauf zurückzuführen, daß Liman sich wohl gehütet habe, für seine Artikel verantwortlich zu zeichnen. Eine Tatsache, deren objektive Richtigkeit allerdings nicht bestritten wird. Ganz besonders fatal war es aber für jeden bürgerlichen Journalisten und hoffentlich auch für Herrn Dr. Liman, als der Verteidiger der Genossen in seinem übrigens glänzenden Plaidoyer feststellte, daß Liman in zwei von den drei zur Verhandlung stehenden Artikeln Privatklage gegen den verantwortlichen Redakteur Seeger erhoben hat, obgleich die Urheber der beiden Artikel ihre Namen am Schluß ausdrücklich aufgeführt hatten. Uns ist aus der ganzen großen Reihe von Preßprozessen kein Fall bekannt, in dem ein Journalist seinen Kollegen bloß um der Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur willen vor den Kadi zitierte, wenn er wußte, an wen er sich zu halten hatte.

Auch der „arme Yorick" spielte eine Rolle. Herr Dr. Liman meinte, dieser Angriff sei zu seinem Bedauern zuerst in dem „Konkurrenzblatte", dem „Leipziger Tageblatte", aufgetaucht. Das ist richtig. Auch verstehen wir, daß Herr Dr. Liman den Artikel bedauert hat. Er hat aber nicht darauf reagiert, und wir hatten darum auch keinen Anlaß, uns seither mit ihm ein zweites Mal zu befassen. Indessen, das „Konkurrenzblatt" verdient eine Hervorhebung. Glaubt Herr Dr. Liman etwa, daß die Redaktion des „Leipziger Tageblattes" ihn einem Deut anders einschätzen würde, wenn sein Blatt statt in Leipzig etwa in Dresden oder in Berlin erschiene? Herr Dr. Liman, alias Yorick, muß in der Tat eigentümliche Begriffe von der Publizistik besitzen, wenn er der Oeffentlichkeit es so darstellen will, als ob die Redaktion des „Leipziger Tageblattes" sich in ihrem politischen und persönlichen Urteil auch nur ein Iota durch den Umstand beeinflussen lasse, daß ein Wettbewerb zwischen den Besitzern der beiden Blätter besteht. Darin liegt gerade die wahre Charakteristik der Limanschen Kampfesweise.

Und das Ergebnis? Von Cato geht das hübsche Wort: „Victrix causa diis placuit, sed victa Catoni". Wir wollen nicht wie Cato uns für die Sache der Unterlegenen erwärmen. Wir stehen selbst täglich im politischen Kampfe mit den Verurteilten und haben uns ihrer groben Anrempelungen oft genug zu erwehren, aber wir vermögen es, die Person von der Sache zu trennen, und da müssen wir sagen: Die drei Sünder von der „Volkszeitung" haben die Schlacht verloren, aber ihren Rückzug als anständige Menschen angetreten. Hoffentlich lernen sie etwas dabei.

SLUB
Wir führen Wissen.